

Europawahlen 2024:

Gemeinsame Erklärung der Association Française du Conseil des Communes et Régions d'Europe (AFCCRE) und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Präambel:

Am 9. Juni dieses Jahres finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Im Vorfeld dieses entscheidenden demokratischen Termins wollen die deutschen und französischen Kommunalpolitiker/-innen und -vertreter/-innen, die sich am 10. und 11. April 2024 in Düsseldorf auf Initiative des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und der Association Française du Conseil des Communes et Régions d'Europe (AFCCRE) versammelt haben, an der laufenden Debatte teilnehmen und so den deutsch-französischen Beitrag zum europäischen Projekt aufwerten.

Die allgemeine politische Ausgangslage:

Angetrieben von dem Willen, den Austausch und die deutsch-französische Zusammenarbeit in eine europäische Perspektive zu integrieren, möchten wir unsere Überzeugungen und unser Engagement für ein starkes Europa bekräftigen und betonen:

1. Deutschland und Frankreich sind die Pioniere des europäischen Projekts. Die Geschichte der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und der Austausch, der sich über drei Generationen hinweg zwischen ihren treibenden Kräften entwickelt hat, stellen ein Zeugnis des Friedens dar.
2. Das Drama des Krieges in der Ukraine infolge der russischen Aggression, die autoritären Tendenzen in vielen Ländern und die populistischen Bedrohungen veranlassen uns, uns unermüdlich für die Demokratie, die Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte sowie die Einhaltung des Völkerrechts einzusetzen. Durch unsere Begegnungen wollen wir die Werte, die uns wichtig sind, stärken.
3. Die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten demokratischen Grundsätze werden als unser wertvollstes gemeinsames Gut bekräftigt. Sie sind und werden niemals verhandelbar sein. Sie sind eine unabdingbare Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Union.
4. Die Solidaritätsaktionen, die seit Beginn des Krieges in der Ukraine zwischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften durchgeführt wurden, zeigen, dass Städtepartnerschaften und Partnerschaften zwischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften weiterhin ihren Sinn haben. Sie stärken die Notwendigkeit, Offenheit und Akzeptanz zu fördern. Die Aktivitäten der Städtepartnerschaften geben uns die Möglichkeit, Europa in seiner besten Form zu erleben. Sie bilden ein Bollwerk gegen die Kräfte, die eine Abwendung von den Nachbarländern propagieren.
5. Die europäischen Regierungen müssen den aktuellen politischen Herausforderungen gewachsen sein. Folglich müssen sie ihre Verantwortung zur Unterstützung der Ukraine voll und ganz wahrnehmen. In diesem Sinne erinnern wir an die Verpflichtungen, die Deutschland und Frankreich im Rahmen des Deutsch-Französischen Vertrags von Aachen eingegangen sind,

in dem es heißt: "Die beiden Staaten handeln gemeinsam in allen Fällen, in denen dies nach ihren jeweiligen innerstaatlichen Vorschriften möglich ist, um Frieden und Sicherheit zu wahren. Sie entwickeln die Wirksamkeit, Kohärenz und Glaubwürdigkeit Europas im militärischen Bereich weiter".

6. Die verschiedenen Phasen des Erweiterungsprozesses der Europäischen Union wurden stets vor Ort durch den Austausch und die Partnerschaften genährt, wie sie sich zwischen den Gebietskörperschaften der Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreichs und Deutschlands, der Kandidatenländer und der neuen Mitgliedstaaten entwickelt haben. Dieser Ansatz, der die menschliche Dimension betont, muss fortgesetzt werden, wenn möglich gemeinsam, in einem Geist der Offenheit und der Zusammenarbeit im Hinblick auf künftige Erweiterungen.

7. Wir fordern die Europäische Union auf, den ständigen Dialog zwischen kommunaler Ebene und EU zu strukturieren. Wir wollen damit die kommunale Mitsprache auf europäischer Ebene stärken. Die europäischen kommunalen Netzwerke - wie der europäische RGRE - müssen unbedingt intensiver eingebunden werden. Folglich wollen sich die kommunalen Netzwerke auch stärker als bisher direkt mit den Organen der Europäischen Union in Fragen des deutsch-französischen Verhältnisses auseinandersetzen und Stellung beziehen. Dafür sind strukturelle Änderungen auf Europäischer Seite notwendig. Analog zu ähnlichen Einrichtungen im Bundestag und der Assemblée Nationale plädieren die kommunalen Netzwerke daher für die Einsetzung einer deutsch-französischen Vermittlungsstelle für die Interessen der Städtepartnerschaftsbewegung im Europäischen Parlament. Darüber hinaus sollte das EP die Nationalstaaten auch auf den Abschluss weiterer intereuropäischer Verträge unter Einschluss der kommunalen Belange verpflichten. Der Aachener- sowie der Elysée-Vertrag sollten hier als Vorbilder dienen. Die aus diesen Verträgen resultierenden Jugendwerke, Parlamentarische Vereinigungen etc. leisten wertvolle Dienste u.a. in der Städtepartnerschaftsarbeit.

8. Wir rufen die Europäische Union zu diesem Zweck auf, sich insbesondere vom Deutsch-Französischen Bürgerfonds inspirieren zu lassen, dessen Erfolg wir begrüßen. Dieses Programm ermutigt uns, neue Zielgruppen in unseren Austausch einzubeziehen. Daher fordern wir eine Erhöhung des Budgets, um die Bürgerbeteiligung an den deutsch-französischen Beziehungen weiter zu stärken.

9. Die Europäische Union soll die Städtepartnerschaftsarbeit mit einem Euro pro Einwohner pro Jahr fördern und dieses Geld den kommunalen Gebietskörperschaften zur Verfügung stellen. Die kommunalen Netzwerke sollen bei der Verteilung weiterer Fördergelder stärker miteinbezogen werden. Bei der Abwicklung der einzelnen Projekte muss der bürokratische Aufwand reduziert werden, insbesondere gilt dies bei kleineren Förderbeträgen.

10. Die Austauschprogramme müssen sich noch stärker für unsere Jugendlichen öffnen. Wir begrüßen daher den wesentlichen Beitrag des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW). Seit seiner Gründung ist es ständig innovativ, um Programme anzubieten, die die Begegnungen von Tausenden von Jugendlichen aus unseren beiden Ländern, insbesondere im Rahmen unserer Städtepartnerschaften, fördern und die zu einer weiteren europäischen Öffnung beitragen.

Konkrete Forderungen des AFCCRE und des DFA im RGRE:

Wir glauben an ein Europa, das auf Werten beruht, die uns vereinen, auf Solidarität, die uns schützt, und auf einem Recht, das uns stärkt. Wir sind davon überzeugt, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine besondere Rolle bei der Bewältigung einiger der großen

Herausforderungen für die Zukunft der Europäischen Union und bei der Umsetzung ihrer Politik vor Ort spielen müssen. Wir fordern:

1. Im Geiste der Schlussfolgerungen der Konferenz über die Zukunft Europas muss die EU ihre Institutionen anpassen und ihre demokratische Legitimität stärken, um die bevorstehenden Erweiterungen – die wir unterstützen – erfolgreich zu bewältigen und die notwendigen Übergänge auf unserem Kontinent einzuleiten. Insbesondere muss die Rolle des Europäischen Parlaments in Straßburg als direkter Vertreter der Bürger/-innen im Entscheidungsprozess durch ein eigenes Recht der Gesetzesinitiative sowie die umfassende Anwendung der qualifizierten Mehrheit im Rat gestärkt werden.
2. Die EU soll ihre hohen Ziele für den ökologischen Wandel beibehalten. Die im Green Deal verankerte Ambition muss in die Tat umgesetzt werden. Wir bringen unsere Besorgnis über die jüngsten Rückschritte der EU-Institutionen im Umweltbereich zum Ausdruck. Wir betonen, dass das Handeln der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften entscheidend ist, um einen gerechten und für die Bürger/-innen sinnvollen Übergang zu erreichen. Angemessene finanzielle Unterstützung muss angeboten werden, um die notwendigen Investitionen zu tätigen und die Politik vor Ort umzusetzen.
3. Die Schlüsselrolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Umsetzung des Europäischen Grundstocks sozialer Rechte ist hervorzuheben. Sie beinhalten zahlreiche Kompetenzen im Bereich der Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, der Unterstützung der am stärksten benachteiligten Personen sowie der Eingliederung und der Ausbildung. Angesichts der Notwendigkeit, öffentliche Dienstleistungen zu entwickeln, die für alle zugänglich sind, fordern wir die Union auf, die Mittel zu stärken, die es uns ermöglichen, vor Ort zu handeln.

Fazit:

Angesichts der derzeitigen Umwälzungen – auch auf globaler Ebene – ist der Bedarf an Europa größer als jemals zuvor. Mehr denn je müssen die Europäischen Staaten an einem Strang ziehen, damit die Europäische Union Antworten geben kann, die den von ihr vertretenen Grundsätzen gerecht werden. Um dazu beizutragen, muss die deutsch-französische Partnerschaft im Dienst der universellen Werte, die das Europäische Projekt begründen, stehen. Sie müssen immer enger, solider und entschlossener als je zuvor geknüpft werden.